

2010

# Master of European Studies Newsletter April - Juli



Studentischer Newsletter des Master of European Studies in Zusammenarbeit mit dem Studentischen Beirat des MES und dem MES-Koordinationsbüro der Europa-Universität Viadrina Frankfurt Oder

[mes\\_info@euv-frankfurt-o.de](mailto:mes_info@euv-frankfurt-o.de)

Liebe MES'ler,

Herzlich Willkommen zu unserem dritten Newsletter des Masterstudiengangs European Studies an der Europa-Universität Viadrina.

Wieder ist ein Semester fast vorüber und ob bemerkt oder unbemerkt, aber die studentischen Initiativen – allen voran euer Beirat und die INES Regionalgruppe, welche sich im Sommersemester 2009 (wir berichteten in unserem ersten Newsletter) herausgebildet haben, waren auch in den letzten Monaten nicht untätig. Kurze Berichte über deren Tätigkeiten und Veranstaltungen findet ihr auf den nächsten Seiten.

Auch unsere Stammtischtradition mit dem Motto „das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden“ lebt fort, Termine und weitere Hinweise hierzu findet ihr auf der MES Homepage.

Wir möchten weiterhin versuchen, diesen Newsletter quartalsmäßig herauszubringen, um Euch so in regelmäßigen Abständen mit Wissenswertem rund um das Dasein als „MES'sies“ an der Viadrina zu beglücken. Als studentischer Newsletter kann Jeder von Euch mitmachen und einen Beitrag leisten! Wenn Ihr Themenvorschläge, Kritik und Anregungen habt oder gar selbst einen Artikel zu einem Thema schreiben möchtet, zögert nicht und schickt Eure Ideen einfach an [mes\\_info@euw-frankfurt-o.de](mailto:mes_info@euw-frankfurt-o.de) oder [mes\\_beirat@europa-uni.de](mailto:mes_beirat@europa-uni.de).

In dieser Ausgabe findet Ihr:

1. Brückenkurs im Sommersemester 2010 – Teil 2
2. INES-Ringvorlesung
3. Studentischer Beirat MES: „Hineingeschlittert“ in Sprachen und WiWi
4. Darüber spricht Europa: „Die neue Kommission“ „Kommentar zur Wahl in der Ukraine“
5. Wissenswertes/ Upcoming

*Wir wünschen Euch viel Spaß  
beim Lesen und einen erholsamen  
Sommer!*

*Euer Newsletter-Team*



## Brückenkurs im Sommersemester 2010 – Teil 2.

**Mit Teil 1 „Ein Pilotprojekt der anderen Art“ im Wintersemester folgt nun also Teil 2: Auch im Sommer werden die MES-Erstsemester von TutorInnen aus den höheren Semestern auf „Brückenkurs-Art“ abgeholt. Nach dem großen Erfolg im letzten Semester und dem vielen Lob für das Projekt hat sich glücklicher Weise wieder eine motivierte kleine Gruppe Engagierter zusammengefunden, um dieses studentische Projekt weiterzuführen.**

In etwas abgespeckter Form auf Grund der Zeitknappheit durch die Osterfeiertage wird der Brückenkurs in diesem Semester am Freitag, den 9.4. und Samstag, den 10.4. jeweils von 10-17 Uhr im GD 07 stattfinden. Dabei werden wieder alle vier Themengebiete, Politik, Wirtschaft, Kultur und Recht, von Tutorengruppen angesprochen und ein erster Einblick in die Disziplin der Europastudien an der Viadrina gegeben. Zu den TutorInnen gehören diesmal Annegret, Ines, Philipp, Franziska, Anne, Markus, Kristina, Judith und Inga sowie zwei bekannte Gesichter mit Annette und Cathleen. Um die Organisation von Räumlichkeiten, Reader etc. kümmern sich diesmal Silke und Jana. Die Inspiration ist die gleiche, die Motivation ebenfalls – wir sind neugierig auf die „Neuen“ und sie hoffentlich auf uns.

Wir hoffen also, mit der Wiederholung des Projekts, welches selbstverständlich auch wieder von einem Abendessen im „Pizza Europa“ sowie einer „kulturellen Kneipentour“ begleitet wird, eine ähnlich gute Kennenlern-Atmosphäre zu schaffen und die Begeisterung der alteingesessenen MESler auf die neuen zu übertragen, wie uns das in „Brückenkurs Teil 1“ gelungen ist – was wir frei heraus und dreist einfach mal behaupten.

Wir wünschen allen Teilnehmern viel Spaß und einen wunderbaren Start ins neue Semester!

von Cathleen Berger

INES

INTERNATIONAL NETWORK FOR EUROPEAN STUDIES  
INTERNATIONALES NETZWERK FÜR EUROPASTUDIEN  
e. V.

INES-Regionalgruppe Viadrina - Frankfurt (Oder) / Slubice

## INES-Ringvorlesung

„Deutsche verlieren Angst vor Klimawandel“ titelten die Zeitungen vor wenigen Wochen. MES-Studierende stellen sich diesem Trend entschieden entgegen. Die INES-Ringvorlesung „Europe in a New Global Order“ erschien uns als geeigneter Rahmen, zwei ausgewiesene Experten an die Oder zu laden. Unter dem Titel „Klima auf dem Spiel – Engagement für eine Europäische Klimaagenda“ diskutierten wir mit **Dr. Jan Hoffmann**, Experte für Umwelt und Klimaschutzrecht an der TU Cottbus, und **Tilman Santarius**, Referent für Internationale Klima- und Energiepolitik der Heinrich-Böll-Stiftung.

Noch im Dezember schaute alle Welt gebannt nach Kopenhagen: Würde es den Staats- und Regierungschefs gelingen, ein internationales Klimaschutzabkommen auszuhandeln und damit einen entscheidenden Schritt voranzukommen? Das Ergebnis war ernüchternd. Knapp an einem diplomatischen Fiasko vorbeischrappend wurde der zweieinhalbseitige Copenhagen-Accord von den Konferenzteilnehmern lediglich „zur Kenntnis genommen“. Die Europäische Union, sonst stets Vorreiterin in allen Bemühungen, kam dabei nur eine Nebenrolle zu, während die entscheidenden Verhandlungen zwischen China und den USA geführt worden.

Tilman Santarius, der die Kopenhagener Klimakonferenz vor Ort beobachtete, konnte aus einer Insider-Perspektive Gründe für das Scheitern von Kopenhagen aufzeigen. Er stellte das vermeintliche Scheitern gleich zu Beginn in Frage: Könnte man es aus einer Gerechtigkeitsperspektive heraus nicht durchaus positiv bewerten, dass Entwicklungs- und Schwellenländer auf ihrem Standpunkt beharrten und ihre Interessen durchsetzten?

Diese Machtverschiebung zugunsten der Entwicklungsländer erschwert die Verhandlungen auf internationalem Parkett. Anstelle der bisher üblichen Verhandlungen zwischen den größten Industrienationen seien neue Formen der Global Governance zu entwickeln, regte Santarius an. Auch Alternativen zu einem multilateralen Klimaschutzabkommen selbst müssten in Betracht gezogen werden. Anstatt die Staaten auf einen gemeinsamen Pakt zu verpflichten, könnten etwa innovative Produkte und Technologien in großem Stil gefördert werden. Die effizientesten Lösungen würden schrittweise neue Standards setzen und sich nach und nach weltweit etablieren. Dezentrale Institutionen, aber auch ein Internationaler Klimafond seien denkbar, um einen solchen technologischen Wandel zu initiieren und voranzutreiben.

Enttäuscht zeigte sich Santarius vom defensiven Verhalten der EU während der Verhandlungen. Ganz im Gegensatz zu Kyoto sei die EU passiv geblieben, ohne eine einheitliche, nachdrückliche Position, ohne eine kohärente Verhandlungsstrategie und ohne das Angebot weiterer ehrgeiziger Maßnahmen. Stattdessen wurde unflexibel auf das Klimaschutzpaket von 2009 verwiesen.

Dessen Inhalt und den Weg dahin schilderte Dr. Jan Hoffmann. Klimaschutz und Energieeffizienz seien schon seit Beginn der 90er Jahre auf der Agenda, erstmals konkretisiert in der Klimarahmenkonvention. Um das Kyoto-Protokoll zu erfüllen, mussten nach 2002 jedoch weitere Anstrengungen unternommen werden. Mit dem Emissionshandelssystem (EUTS) wurde ein übergeordneter Marktmechanismus eingeführt. Außerdem wurde eine Lastenteilung innerhalb der EU ausgehandelt, die insbesondere Industrienationen wie Deutschland zu strengeren CO<sub>2</sub>-Einsparungen verpflichtet.

Dieser ersten Klimarahmenkonvention folgte 2009 das Klimaschutzpaket. Es sieht vor, bis 2020 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20% zu reduzieren (gemessen an 1990), den Anteil erneuerbarer Energien auf 20% zu erhöhen und die Energieeffizienz um 20% zu steigern. Zur Umsetzung wurden eine Vielzahl konkreter Maßnahmen auf den Weg gebracht – von der CO<sub>2</sub>-Verordnung für Pkw bis zur Rahmenrichtlinie für erneuerbare Energien. Hoffmann wies ausdrücklich auf den Lissabon-Vertrag hin, der den Klimaschutz als übergeordnetes Ziel formuliert und als Querschnittsaufgabe alle anderen Politikbereiche berührt. Diese ehrgeizigen Projekte werden vor allem relativiert durch die schwache Beteiligung Chinas und der USA. Kopenhagen hat daran wenig geändert, sondern die festgefahrenen Positionen eher noch deutlicher gemacht.

Für uns hingegen erschlossen sich an jenem Abend neue Betrachtungsweisen mit zahlreichen Denkanstößen. Folgerichtig wird uns der Klimaschutz auch in Zukunft beschäftigen. So wird im kommenden Semester ein Planspiel zur EU-Klimapolitik inhaltlich an die Ringvorlesung anknüpfen. Der Dank geht an die Referenten Tilman Santarius und Dr. Jan Hoffmann für interessante Einblicke und neue Impulse, an Annette Knödler und Nathan Drosch für die fachkundige und äußerst charmante Moderation, an alle Organisatoren und Helfer und natürlich an alle Teilnehmer!

von Annegret Schneider und Jan Møller

## Studentischer Beirat MES

### "Hineingeschlittert" in Sprachen und Wiwi

Das erste Semester verging für den Beirat wie im Flug. Oder besser gesagt "wie im Rutsch", denn der glatte Weg vom Bahnhof, durch die vereisten Fußstapfen im Schnee auf dem Hof der Studentenloge, über die glitschigen Stufen zur Eingangstür bis ins schützende Büro SL 119 war ab Januar doch recht abenteuerlich.

In der Bilanz waren der Zentralbereich Wirtschaft und Sprachen im MES die wichtigsten Themen, mit denen wir uns auseinandergesetzt haben. Dabei kam der zündende Kontakt mit der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät über die Neubesetzung des Lehrstuhls "Volkswirtschaftslehre, Internationale Wirtschaftsbeziehungen" zustande. Überraschend erfuhren wir im Dezember von dem laufenden Auswahlverfahren und nutzten die hochschulöffentlichen Probevorträge, um uns von den Bewerbern und ihrer Lehrausrichtung ein Bild zu machen - und zu zeigen, dass uns der Bereich Wirtschaft im MES sehr wichtig ist. Dies untermauerten wir auch in nachfolgenden Gesprächen. Als sehr positiv bewerteten wir deshalb mit Blick in das MES-Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester, dass viele interessante Veranstaltungen zum Zentralbereich Wirtschaft angeboten werden.

Ein weiteres Ergebnis zeichnete sich dann Anfang März zum Thema Sprachen im MES ab. Von Beginn an hatten uns die vom Koordinationsbüro aufgeworfenen Fragen beschäftigt. Die gemeinsam erarbeiteten Änderungsvorschläge führten schließlich in einer konstruktiven Diskussion mit dem Sprachenzentrum zu Lösungen, mit denen sich alle zufrieden schätzten. Um tatsächlich einen Fortschritt in der Sprachausbildung zu machen, haben alle MES-Studierenden bei der Einstufung auf dem Niveau O\* generell die Möglichkeit, direkt zur Zertifikatsstufe des UniCert III zugelassen zu werden, wenn entsprechende Kenntnisse vorhanden sind. Diesen "Quereinstieg" haben die Lektorate des Sprachenzentrums auch schon vorher individuell ermöglicht, beispielsweise im Fall eines längeren Auslandsaufenthalts. Betroffene Studierende sollen nun noch einmal explizit dazu ermuntert werden, diesen Zugang zur Fachsprachenausbildung zu nutzen. Bitte wendet euch dazu an das verantwortliche Lektorat im Sprachenzentrum. Weiterhin ist für die Hinführung zum UniCert III Englisch, ähnlich wie für die Zertifikatsstufen in Französisch, ab dem kommenden Wintersemester eine Kopplung von Seminar und begleitendem Sprachkurs geplant - eine sehr zu begrüßende Neuerung, die idealerweise dauerhaften Einzug findet.

Wirtschaft und Sprachen im MES - die Entwicklungen in beiden Bereichen werden wir auch weiterhin verfolgen und uns einbringen. Wenn ihr auch Lust habt, euch für den MES zu engagieren, seid ihr herzlich willkommen. Sitzungstermine, Sprechstunden in SL 119 findet ihr bald auf der entsprechenden Unterseite der MES-Homepage oder kontaktiert uns – auch bei anderen Anfragen natürlich – jederzeit unter [mes\\_beirat\(at\)eu-frankfurt-o.de](mailto:mes_beirat(at)eu-frankfurt-o.de).

Bleibt nur noch eins: Wir wünschen uns allen einen sicheren Weg durchs Semester, ohne wacklige Beine und dafür mit ganz viel Sonnenschein.

Euer MES-Beirat

i.A. Svenja Heinecke



## Darüber spricht Europa

### Die „neue Europäische Kommission“ – Zensieren und brüskieren

**Es begann alles recht vielversprechend als das Europäische Parlament am 16. September Manuel Barroso zum ersten gewählten designierten Präsidenten der Europäischen Kommission machte, der Lissabon Vertrag am 01. Dezember in Kraft trat und mit Herman van Rompuy die EU ihren ersten „Präsidenten“ ins Amt brachte.**

Aber es sollte noch bis Februar dauern, bis die 27 Kommissare ihre Arbeit aufnehmen konnten. Zuvor hatten die EU Parlamentarier gedroht, das gesamte Kollegium durchfallen zu lassen. Der Grund dafür war die bulgarische Kandidatin, Außenministerin Rumjana Schelewa. Ihr saß in ihrer von Korruption gebeutelten Heimat aufgrund des Vorwurfs dubioser Geschäfte sogar der Staatsanwalt im Nacken (sic!). Der Rückzug ihrer Kandidatur machte schließlich den Weg für die neue Kommission unter José Manuel Durão Barroso frei. Das generalüberholte Amt des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik hat seitdem Cathrine Ashton als Kommissions-Vizepräsidentin und ständige Vorsitzende des Rats für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen inne.

Richtig wohl scheint sie sich in ihrer Rolle als „Doppelhut“ noch nicht zu fühlen. So brüskiert sie munter die Verteidigungsminister der EU Staaten, in dem sie eine Sicherheitskonferenz auf Mallorca im Februar schwänzte, brüskierte ihre Außenminister-Kollegen als sie ohne Absprache einen von Barrosos Vertrauten als Botschafter in Washington vorschlug und brüskierte mit Ihren Generalsekretärsplänen für den neu zu schaffenden Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) auch gleich noch das EU Parlament. Auch mit Repräsentieren will es noch nicht recht klappen. Auf Haiti ließ sich Ashton gar nicht blicken und ihre „Friedensmission“ nach Israel und Gaza wurde von einem tödlichen Raketenangriff der Hamas überschattet.

Wie sie kämpft auch ihr Chef mit Problemen. So stellte Barroso Anfang März im Alleingang die Strategie für „Europa 2020“ mit teilweise sehr konkreten Zielen vor, insbesondere um sich gegenüber dem neuen Ratspräsidenten van Rompuy profilieren zu können. Statt Zustimmung erntete er Kritik aus den EU Ländern. Besonders peinlich: Schon der Vorgänger, die Lissabon Strategie aus dem Jahr 2000, war in Kernfragen wie Investitionsquoten für Forschung und Bildung auch unter seiner Zeit als Chef der Kommission gescheitert.

Besonderer Clou der Profilneurosen von Barroso, Zapatero, van Rompuy und Ashton: Anfang Februar ließ Obama den jährlichen EU / USA Gipfel im Mai platzen. Dringliche innenpolitische Probleme und Verwirrung über die europäischen Ansprechpartner waren die Begründung. Die Europäer reagierten verschnupft bis trotzig. Der Gipfel fällt ganz aus.

Nur kurz zuvor hatte die EU Kommission aber einen ihrer bislang größten Böcke geschossen: Das umstrittene Bankdaten“austausch“-Abkommen trat am 01. Februar in Kraft, obwohl es erst am 11. Februar im Parlament verhandelt wurde. Der belgische Geldtransferdienstleister SWIFT beteuerte zwar, dass keine Daten in die USA übermittelt worden wären, ein fader Beigeschmack blieb dennoch. Diesen hatten wohl auch die EU Parlamentarier als sie die Vereinbarung mit deutlicher Mehrheit durchfallen ließen. Nun bessert die Kommission zwar nach, der bisherige Zwischenstand zeugt jedoch nicht von großem Reformwillen. Abgerundet wird ihr illustres Schaffen von der Neuauflage der gerade in Deutschland gekippten Internetzensur im Kampf gegen Kinderpornographie.

Der einzige, der dieses absurde Vorhaben unterhaltsam begründen könnte, wäre Günther Oettinger – auf Englisch versteht sich.



## „Der Sieger heißt Moskau“, „Das Ende der Orangen Revolution“ oder auch „Ein Wechsel, mehr nicht“

**Dies, die ein oder andere Schlagzeile nach den Wahlen in der Ukraine, welche am 7. Februar stattfanden. Was genau nur wollen uns die Autoren damit sagen? Die diesjährige Präsidentschaftswahl in der Ukraine war vor allem deshalb so heiß diskutiert, weil die beiden favorisierten Kandidaten unterschiedlicher kaum sein konnten und die Implikationen für das Verhältnis zur Europäischen Union ambivalent ausfielen.**

Auf der einen Seite stand Julia Timoschenko, die amtierende Premierministerin und auf der anderen der Vertreter der Opposition Wiktor Janukowytsch – das allein ist noch wenig spektakulär. Aber die Programme der beiden, vor allem ihre ideologische Ausrichtung lieferten ein, insbesondere für die europäischen Beziehungen des Landes, bedeutungsschweres Kontrastprogramm. Timoschenko gehört zum pro-westlichen Lager, dem BJuT (Block Julia Timoschenko), welches die europäischen Wurzeln der Ukraine betont und auf eine schnelle Integration in die Europäische Union hinarbeitet. Die BJuT hatte während ihrer Regierungszeit immer wieder darauf gedrängt, aus der Kategorie der ENP-Länder auszusteigen und stattdessen ein bilaterales Assoziierungsabkommen zu schließen, welches der Ukraine eine Beitrittsperspektive eröffnen sollte. Janukowytsch hingegen verkörpert als ehemaliger Oppositionsführer und Parteivorsitzender der PR (Partei der Regionen) die pro-russische Ausrichtung der Ukraine. Deren Ziel ist eine Verbesserung des ukrainisch-russischen Verhältnisses und damit eine Stärkung der GUS anstelle einer Europäisierung der Nation.

Diese Gegensätze sind dabei keine rein politischen, sie spalten das Land entlang geographischer Linien. Der Osten zieht in Richtung seines naheliegenden russischen Nachbarn und der Westen unterstreicht seine gefühlte Nähe zu Europa. Die schwierige Balance beider Interessen, beider Zugehörigkeiten prägen das Land seit jeher. Auf genau diesen typischen Konflikt spielt die Süddeutsche Zeitung an, wenn sie titelt „Ein Wechsel, mehr nicht“. Der Widerstreit ist nicht neu und der Regierungswechsel wird zu keiner Kehrtwende im Land führen, so der Tenor der Schlichter.

Andere, wie der Stern, sehen das Ende der Orangen Revolution gekommen und damit das Ende der westlichen Ausrichtung, ja gar das Ende der Demokratie. Die noch recht junge „Orangene Revolution“ wurde 2004 ausgerufen, als Massen von Ukrainern, mit ihnen die „Revolutionsführer“ Timoschenko und Juschtschenko, auf die Straßen gingen, um gegen aufgedeckte Wahlfälschungen zu protestieren und so Neuwahlen zu erzwingen.

Die diesjährige Stichwahl gewann Janukowytsch, der „Wahlfälscher“ von 2004, mit knapp 49% der Stimmen und damit ca. 3% Vorsprung vor seiner Rivalin, welche zunächst Klage einreichte und erneut Vorwürfe wegen Wahlbetrugs erhob – eine kämpferische oder eine schlechte Verliererin, das Urteil muss jeder selbst treffen. Nachdem jedoch die Wahlbeobachter der OSZE dem Wahlablauf ein hohes demokratisches Niveau bescheinigten, zog Timoschenko ihre Klage zurück – allerdings nicht ohne den Richtern zuvor Parteilichkeit vorzuwerfen. Janukowytsch wurde folglich am 25.2. als Präsident der Ukraine vereidigt.

Anstatt nun den Niedergang der Demokratie im Lande zu deklarieren, sollte vielleicht die Frage aufgeworfen werden, inwiefern es die Rolle als Revolutionärin, als kampfbereite Machtinhaberin ist, in welcher Timoschenko in Wahrheit aufgeht. Um im Sinne der Orangen Revolution zu handeln, müssen demokratische Parteien und ihre Spitzenpolitiker akzeptieren, dass ihnen die Macht des Regierens nur auf Zeit zuteilwird. Eine demokratische Wahl führt eben unter ...

[Fortsetzung nächste Seite]

Umständen zum Regierungswechsel. Frau Timoschenko wird sich fragen müssen, ob sie mit ihrer Haltung die Demokratie verfehlt oder den Protest. Eine starke Opposition, die die Vielfalt im Land widerspiegelt – das ist es, was die Ukraine jetzt braucht.

Das der Sieger in jedem Fall Moskau heißt, dessen waren sich die Redakteure des Spiegels sicher. Im Zuge der Wahlkampfkampagnen beider Kandidaten, welche verstärkt versuchten ihren Einfluss vor allem in den Gebieten des anderen Lagers auszuweiten, fand eine Annäherung ihrer programmatischen Ausrichtung statt. Timoschenko bleibt weiterhin die pro-westliche Verfechterin, jedoch war sie bereit die russischen Wurzeln der ukrainischen Bevölkerung zu betonen und sich für ein verbessertes Verhältnis mit Moskau einzusetzen. Den Konfrontationskurs ihres ehemaligen Verbündeten Juschtschenko bezeichnete sie nunmehr als inadäquat. Janukowytsch wiederum gab seine strikte Linie beispielsweise in der sprachlichen Orientierung auf, indem er davon abrückte, das Russische dem Ukrainischen gleichzustellen. Zudem wolle er die Ukraine als eigenständiges, europäisches Land in guten Beziehungen zu Russland, der EU und den USA sehen – sprich mit gestärktem Nationalbewusstsein. Gemeinsam war beiden Kandidaten von nun an, der Wunsch die Beziehung zu Russland zu pflegen und Skepsis gegenüber einem möglichen Nato-Beitritt zu äußern – ganz im Sinne Moskaus könnte man meinen.

Grundsätzlich stellen sich einer jeden ukrainischen Regierung vielmehr dieselben Probleme: Korruption, Armut und die katastrophalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise, welche das Land zerrüttet haben. Die Regierung mag nicht länger pro-westlich ausgerichtet sein, das bedeutet jedoch weder ein Ende der Demokratie noch eine „Russifizierung“ der Ukraine – die politische Balance bleibt erhalten, das Volk, welches die Orangene Revolution getragen hat, verstummt nicht schlagartig. Den Kritikern zum Trotz heißt es also: gebt dieser jungen Demokratie eine faire Chance.

von Cathleen Berger



Wissenswertes/ Upcoming:

Aktuelle Stammtischtermine sowie nützliche und spannende Veranstaltungshinweise findet Ihr auf unserer MES Homepage!

Fördermöglichkeiten für internationale Nachwuchsförderung des  
Auswärtigen Amts  
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/AusbildungKarriere/IO-Taetigkeit/Downloads/InternationaleNachwuchsfoerderprogramme.pdf>

Due to reforms of the Polish educational system the recruitment procedure for the Double Degree Program with AMU/Poznan must be suspended. This concerns **all students having applied for the program this academic year (2010/2011) and expecting to begin the DD next summer**. More information on the shape of the new program and its requirements should be available by March 2010. We kindly ask all students to be patient as we will send out the new information as soon as possible!

Arbeiten bei den Institutionen der EU?  
Ab März 2010 gelten neue Concours-Regeln. Informationen gibt es hier:  
[http://www.kuwi.euv-frankfurt-o.de/de/studium/master/es/Praktika und Jobs/Informationen zum EU-Concours/Leaflet FAQ Concours Leseversion.pdf](http://www.kuwi.euv-frankfurt-o.de/de/studium/master/es/Praktika%20und%20Jobs/Informationen%20zum%20EU-Concours/Leaflet%20FAQ%20Concours%20Leseversion.pdf)

Das **Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland** informiert über Europa-Politik und organisiert und fördert den europapolitischen Dialog zwischen Gesellschaft und Politik in Deutschland [www.europaeischebewegung.de](http://www.europaeischebewegung.de)